RheinlandPfalz
MINISTERIUM FÜR KLIMASCHUTZ, UMWELT, ENERGIE UND MOBILITÄT

Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität | Postfach 31 60 | 55021 Mainz

DIE MINISTERIN

Kaiser-Friedrich-Straße 1
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Poststelle@mueef.rlp.de
http://www.mueef.rlp.de

Vorsitzender des Ausschusses für
Klima, Energie und Mobilität
Herrn Gerd Schreiner, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
18/244
VORLAGE

14. JULI 2021

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax
MB-01 421-2/2021-31		MB2-Landtag@mkuem.rlp.de	06131 16-4641/4642 06131 16-2629

Sitzung des Ausschusses für Klima, Energie und Mobilität am 13.07.2021

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

in der oben genannten Sitzung wurde zum

TOP 2) „Klimaneutrale Landesverwaltung“,

Antrag der Fraktion der CDU, Vorlage 18/165,

zugesagt, den Sprechvermerk zu übermitteln. Dieser ist in der Anlage beigefügt.

Mit freundlichen Grüßen

Anne Spiegel

Verkehrsanbindung
Ⓗ Sie erreichen uns ab Hbf. mit den Linien 6/6A (Richtung Wiesbaden), 64 (Richtung Laubenheim), 65 (Richtung Weisenau), 68 (Richtung Hochheim), Ausstieg Haltestelle „Bauhofstraße“. ♿ Zufahrt über Kaiser-Friedrich-Str. oder Bauhofstraße.

Parkmöglichkeiten
Parkplatz am Schlossplatz
(Einfahrt Ernst-Ludwig-Straße),
Tiefgarage am Rheinufer
(Einfahrt Peter-Altmeier-Allee)

Sprechvermerk zum TOP 2) „Klimaneutrale Landesverwaltung“,
Antrag der Fraktion der CDU, Vorlage 18/165

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
Sehr geehrte Abgeordnete,

Rheinland-Pfalz ist wie die Bundesrepublik Deutschland, die Europäische Union und die Welt vom anthropogen verstärkten Klimawandel betroffen. Die Gesellschaft, die Wirtschaft und die Umwelt spüren zunehmend die Folgen, die zum Beispiel aus Treibhausgasemissionen, ihre Wirkung zum Beispiel in Form von zunehmenden Extremwetterereignissen aber erst zunehmend entfalten. Aus diesem Grund gilt es Vorsorge zu leisten und die Ursache, das heißt die Emission der Treibhausgase frühzeitig bis zu einer ausgeglichenen Treibhausgasbilanz zu reduzieren. Das Land muss dabei seiner Vorbildrolle gerecht werden.

Als Vorbild soll die rheinland-pfälzische Landesverwaltung bis 2030 klimaneutral werden. Dies schließt die Landesliegenschaften mit ihrem Strom- und Wärmeverbrauch, also auch den Landtag, den Fuhrpark und den Beschaffungsbereich mit ein. Dazu will ich gerne auf die Fragen der CDU-Landtagsfraktion eingehen.

Die sogenannte CO2-Startbilanz der Landesverwaltung für das Jahr 2018 wurde am ersten Oktober 2020 durch den externen Dienstleister FutureCamp Climate GmbH begonnen. Die Daten aller Ressorts plus dem nachgeordneten Bereich ohne eigene Rechtspersönlichkeit und der Hochschulen sind nach internationalem Greenhouse Gas Protocol Standard zusammengetragen worden. Die Bilanzierung und Auswertung wird derzeit abschließend auf Konsistenz geprüft. Sie soll morgen im Rahmen eines zweiten Methodenworkshops den einzelnen Ressorts, Ansprechpartnern in der Landesverwaltung und den Hochschulen zusammenfassend dargestellt werden. Die Entwicklung eines Maßnahmenfahrplans zum Erreichen des Gesetzesziels findet dann

gemeinsam mit den Beteiligten statt. Dazu binden wir frühzeitig alle Ressorts und die Hochschulen ein. Im Rahmen eines Pilotprojektes hat die Energieagentur Rheinland-Pfalz exemplarisch die Vorgehensweise an drei Forstämtern und einem Ministerium getestet und daraus einen Handlungsleitfaden für die Landesverwaltung erarbeitet. Hierin sind die einzelnen Schritte auf dem Weg zur Treibhausgasneutralität gemeinsam mit wesentlichen Maßnahmen genannt. Dieser Leitfaden befindet sich derzeit in der Ressortabstimmung, die aufgrund der Landtagswahlen im Frühjahr unterbrochen war. Ein Ministerratsbeschluss wird für die zweite Jahreshälfte erwartet.
Die Angabe eines jährlichen Reduktionspfads ist vor Erhalt der CO2-Startbilanzergebnisse und der Maßnahmenwirkungsabschätzung nicht möglich. Der Abschlussbericht zur Startbilanz und die Handlungsleitfäden des Landes und des Umweltbundesamtes sollen für die Maßnahmenvorschläge die Grundlage bilden.
Kernaspekte für die Maßnahmenvorschläge werden

- die Minderung des Energieverbrauchs der Liegenschaften und die Stromversorgung aus treibhausgasarmen Quellen möglichst aus der Selbstversorgung sein.
- Der landeseigene Fuhrpark soll soweit möglich auf Elektromobilität umgestellt und die Ladeinfrastruktur dafür geschaffen werden.

Viele Arbeiten in den genannten Bereichen sind bereits in der Umsetzung.
So bezieht die große Mehrheit der Landesliegenschaften bereits Ökostrom und der Ausbau der Erneuerbaren Energien hat bei uns große Priorität.

Zu Ihren Fragen bezüglich der Photovoltaikinstallation auf den Dächern oder Wandflächen der Liegenschaften der Landesverwaltung kann ich Ihnen vom Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung folgende Auskunft geben:

Aktuell sind 1.836 Kilowatt-Peak als Eigenanlagen und 1.631 Kilowatt-Peak als Fremdanalagen installiert.

Das Potenzial geeigneter Flächen wird sukzessive weiter erschlossen, außer

- wenn die zugrundeliegende Datenstruktur aufgrund der Statik nicht für die nötige Zusatzlast ausreicht,
- wenn es Einwendungen durch Denkmalschutzbehörden gibt, wenn die Ertragsprognose und die Refinanzierungsanalyse eine Unwirtschaftlichkeit der Maßnahme ergeben,
- eine Dachsanierung innerhalb der nächsten 10 Jahre ansteht beziehungsweise
- Die Dachflächen und Liegenschaften asbesthaltig sind und mit Schiefer abgedeckt sind.

Die meisten Landesliegenschaften werden in der Zeit zwischen 8 und 18 Uhr genutzt.

Durch den hohen Strombedarf der meisten Liegenschaften im Verhältnis zur verfügbaren Dachfläche wird bereits ein hoher Eigenverbrauchsanteil (>70%) beim PV-Stroms erzielt. Erste Pilotprojekte mit Stromspeichersystemen sind zurzeit in Planung.
Wie Sie sehen, sind wir auf einem anspruchsvollen und richtigen Weg, der noch nicht abgeschlossen ist. Der Umsetzungsweg wird nun entwickelt, abgestimmt und umgesetzt.

Vielen Dank.